

Monitoringbericht 2023

Sitzungsdatum 30. März 2023

Titel Monitoringbericht DVS 2023

Berichtsperiode Oktober 2022 - Januar 2023

Versionsdatum 21. Februar 2023

Inhaltsverzeichnis	1	Ausgangslage	2
	2	Landkarte kantonaler Digitalisierungsstrategien (Stand November 2022- bis Januar 2023)	3
	3	Einschätzung der Entwicklung der Schweiz im Bereich Digitale Verwaltung gegenüber dem Ausland	3
	3.1	E-Government-Entwicklungsindex	3
	3.2	E-Partizipations-Index	4
	3.3	Digitale Wettbewerbsfähigkeit	4
	4	Fazit und Ausblick	5



1 Ausgangslage

Das Monitoring zum Stand der digitalen Verwaltung ist eine Aufgabe des Beauftragten DVS gemäss Ziffer 4.5 der «Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz». Die Ergebnisse aus dem Monitoring dienen den Gremien der DVS als Basis zur Überprüfung und Entwicklung der geltenden E-Government-Strategie (gültig bis Ende 2023) und der Strategie DVS 2024-2027 sowie der rollenden Umsetzungsplanung DVS. Auch dient das Monitoring den Fachpersonen und der Öffentlichkeit als Informationsgrundlage über den Fortschritt der Digitalen Verwaltung in der Schweiz.

Der vorliegende Monitoringbericht ergänzt den Zwischenbericht vom 23. September 2022¹ und fasst aktuelle und wesentliche Informationen aus den Monitoring-Aktivitäten von Oktober 2022 bis Januar 2023 zusammen. Diese umfassen die Mitwirkung an und die Analyse von relevanten Studien sowie die Durchführung von Umfragen der DVS. In der folgenden Tabelle werden die Informationsgrundlagen aufgeführt.

Tabelle 1: Liste der Studien als Grundlagen zum vorliegenden Monitoringbericht

Studie	Gegenstand und Messindikatoren
Kantonale Digitalisierungsstrategien	Desktoprecherche über kantonale Digitalisierungs-, E-Government- oder Informatikstrategien
eGovernment Survey ²	E-Partizipationsindex und E-Government-Entwicklungs-Index (= Online-Service-Index, Telekommunikationsinfrastruktur-Index und Humankapital-Index)
World Digital Competiveness Ranking ³	Digitale Wettbewerbsfähigkeit
Global Innovation Index	Innovative Inputs (Humankapital, Forschung, Infrastruktur, Reifegrad des Marktes und der Unternehmen) und Outputs (Wissen und Technologie und Kreativität)

¹ Im ersten Jahr der Digitalen Verwaltung Schweiz wurde ausnahmsweise ein Zwischenbericht zuhanden der Gremien der DVS und der Öffentlichkeit verfasst. Ab 2023 soll jeweils im ersten Quartal ein Monitoringbericht verfasst werden.

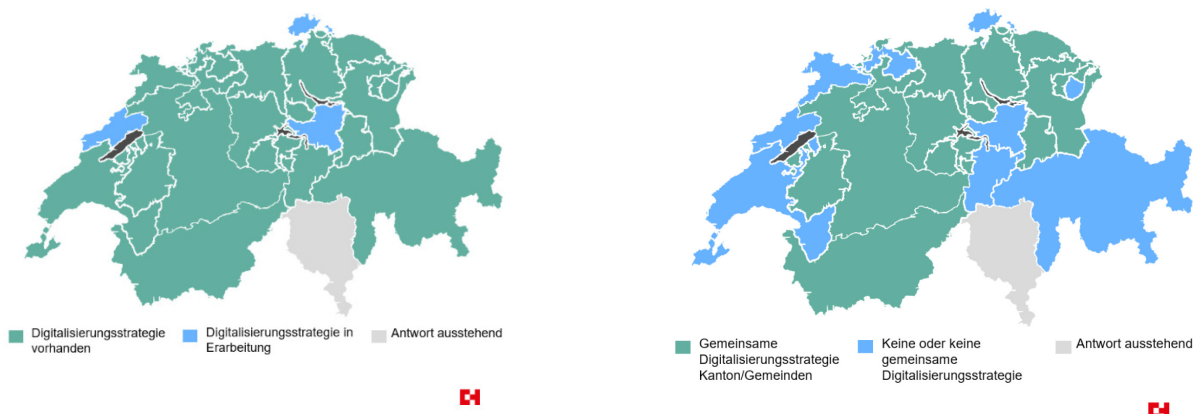
² Die von den Vereinten Nationen herausgegebene Studie eGovernment Survey 2022 untersucht die globale und regionale E-Government-Entwicklung in 193 Mitgliedsstaaten durch eine vergleichende Bewertung der nationalen Regierungsportale. Die Studie erscheint alle zwei Jahre und erstellt eine Rangliste im Bereich der digitalen Verwaltung (E-Government-Entwicklungs-Index EGDI). Dieser setzt sich aus dem gewichteten Durchschnitt dreier Unterkomponenten zusammen: dem Online-Service-Index (OSI), dem Telekommunikationsinfrastruktur-Index (TII) und dem Humankapital-Index (HI). Die Erhebung umfasst auch den E-Partizipations-Index (EPI).

³ Im World Digital Competiveness Ranking 2022 untersucht das Lausanner Institute for Management Development IMD die digitale Wettbewerbsfähigkeit von 63 Ländern. Die Ergebnisse werden in die drei Hauptkategorien Wissen, Zukunftsfähigkeit und Technologie unterteilt – mit jeweiligen Unterkategorien.

2 Landkarte kantonaler Digitalisierungsstrategien (Stand November 2022- bis Januar 2023)

Die Geschäftsstelle DVS hat zwischen November 2022 und Januar 2023 mittels einer Desktoprecherche erhoben, **welche Kantone bereits eine Digitalisierungs-, E-Government- und/oder Informatikstrategie haben** und, ob die Umsetzung der Strategie **eine Zusammenarbeit von Kantonen und Gemeinden vorsieht**. Die Kantone haben die recherchierten Informationen anschliessend validiert.

Fast alle Kantone verfolgen aktuell eine Digitalisierungs-, E-Government- oder Informatikstrategie. In den Kantonen Neuenburg, Schaffhausen, Schwyz und Appenzell-Innerrhoden sind diese Strategien in Arbeit und sollen noch 2023 veröffentlicht werden. Im Kanton Aargau wird die aktuelle Strategie «Smart Aargau» in diesem Jahr evaluiert und bis Ende 2024 überarbeitet. Die Kantone Graubünden, Jura und Waadt werden ihre Strategien noch dieses Jahr erneuern. Es gibt keine Angaben zur aktuellen oder zukünftigen Digitalisierungsstrategie aus dem Kanton Tessin.



Bei den genannten Digitalisierungsstrategien handelt es sich mehrheitlich um eine gemeinsame Umsetzung der Digitalisierungsstrategien von Kanton und Gemeinden. Im Kanton Appenzell-Innerrhoden beziehen der Kanton, die Gemeinden und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften die IT gemeinsam und arbeiten im Bereich E-Government punktuell zusammen. Im Kanton Glarus werden gemeinsame IT- und E-Government-Strategien von Kanton und Gemeinden im 2023 entwickelt. In den Kantonen Genf, Waadt, Jura, Uri, Graubünden und Appenzell Innerrhoden wird aktuell keine gemeinsame Strategie verfolgt.

3 Einschätzung der Entwicklung der Schweiz im Bereich Digitale Verwaltung gegenüber dem Ausland

3.1 E-Government-Entwicklungsindex⁴

Die Schweiz erreicht in der aktuellen Rangliste der Vereinten Nationen im **E-Government-Entwicklungsindex (EDGI) den Platz 23 von 193 (2020: 16; 2018: 15)** und befindet sich in der Ka-

⁴ UN eGovernment Survey 2022

tegorie **«sehr hoch»**. Mit dem Rang 23 liegt die Schweiz ein Rang hinter Deutschland. Das Podest belegen Dänemark, Finnland und Südkorea, die gemäss der Umfrage die besten digitalen Angebote bereitstellen. Gemäss der Studie haben viele Länder ihren institutionellen und rechtlichen Rahmen für das E-Government gestärkt. Der höhere Gesamtwert ist gemäss der Studie insbesondere auf Fortschritte bei der Telekommunikationsinfrastruktur zurückzuführen. Die Schweiz erreicht im **Telekommunikationsinfrastruktur-Index den Rang 8**. Sie verfügt über ein **stark ausgebautes Mobilfunknetz und zahlreiche Breitbandanschlüsse**. So **nutzen 94.2 % der Bevölkerung das Internet**. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Ausbreitung und die Nutzung von digitalen Behördenleistungen. Im internationalen Vergleich rückt die Schweiz im **Online-Service-Index auf Rang 49 von 193 und erreicht damit eine sehr gute Platzierung**. Vor zwei Jahren lag die Schweiz aber auf Rang 36. Entsprechend besteht **Ausbaubedarf** bei den Onlineangeboten auf allen Verwaltungsebenen. Dies betrifft insbesondere Behördenleistungen ohne Medienbrüche. Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Zukunft wird die Einführung einer nationalen digitalen Identitätslösung sein, so die Studie. Die Spitzenreiter in der Rangliste, wie Dänemark und Singapur, sind in dieser Hinsicht wegweisend.

3.2 E-Partizipations-Index⁵

Die Studie der Vereinten Nationen misst auch einen **E-Partizipations-Index**. Die Schweiz erreicht **den Rang 41⁶ (2020: 18; 2018: 41)**. Das Ergebnis zeigt, dass die digitale Demokratie noch Verbesserungspotenzial hat. Gemessen wurden «E-Information», «E-Konsultation» und «E-Entscheidungsfindung». Anders als bei den letzten beiden Indikatoren erreichte die Schweiz beim Indikator «E-Information» eine sehr gute Platzierung. So bieten viele Kantone, Städte und Gemeinden digitale Partizipationsmöglichkeiten an wie etwa die Stadt Luzern (dialogluzern.ch), Lausanne (participer.lausanne.ch), die Gemeinde Wipkingen (quartieridee.ch) oder der Kanton Genf (participer.ge.ch).

3.3 Digitale Wettbewerbsfähigkeit⁷

Beim Vergleich zur **digitalen Wettbewerbsfähigkeit erreicht die Schweiz den Rang fünf von 63 (2021: 6)**. Den Spitzenplatz belegt auch hier Dänemark. Im Bereich Wissen und Technologie rangiert die Schweiz unter den besten Volkswirtschaften. Dies bestätigt auch der Global Innovation Index (GII) 2022, wonach die Schweiz seit über zehn Jahren die Rangliste anführt. Gemäss dieser Studie hat sie in den Bereichen Wissen und Technologie (Anzahl vergebene Patente, Publikation wissenschaftlicher Artikel etc.) und Kreativität (z. B. internationaler Markenwert) Höchstwerte erzielt.⁸ Bezüglich der Kapazitäten der Regierung **im Bereich der Cybersicherheit hat die Schweiz Nachholbedarf**: Hier belegt sie nur den 27. von 63 Plätzen. Gemäss der Studie müssen der Staat und der Privatsektor die digitalen Behördendienste vor Cyber-Attacken schützen, wenn die Schweiz in der digitalen Transformation Fortschritte erzielen will. Trotz eines gestiegenen Bewusstseins der Bevölkerung für Cyber-Risiken, **wächst aber die Bereitschaft**,

⁵ UN eGovernment Survey 2022

⁶ Beim Vergleich der E-Partizipations-Rangfolge mit früheren Ausgaben der Erhebung ist Vorsicht geboten. Um die aktuellen Trends und Modalitäten der Einbindung der Bevölkerung in die öffentliche Politikgestaltung zu berücksichtigen, wurden die Fragen überarbeitet. Es wurden neue Fragen hinzugefügt, um die Komplexität und die verschiedenen Arten von Interaktionen zu erfassen, die im Rahmen von E-Partizipationsdiensten stattfinden können.

⁷ World Digital Competiveness Ranking

⁸ The Global Innovation Index (GII) 2022

persönliche Daten für digitale Behördendienste weiterzugeben. Der Nutzen der Digitalisierung gilt in allen Lebensbereichen als hoch. So empfindet die Mehrheit der Bevölkerung (60%) den Einfluss der Digitalisierung auf die Schweiz positiv. Die digitale Infrastruktur wird geschätzt. Deutlich schwächer ist die Schweiz bei der Verfügbarkeit digitaler Kompetenzen. **Mehr als ein Fünftel aller Menschen in der Schweiz fühlt sich nicht in der Lage, mit dem Tempo des technologischen Fortschritts mitzuhalten⁹.**

4 Fazit und Ausblick

Die Digitale Transformation der Schweiz ist im weltweiten Vergleich zufriedenstellend. Betrachtet man aber die guten Grundlagen wie bspw. das Breitbandnetzwerk, das notwendige Know-how, um neue Technologien zu verstehen und zu entwickeln oder die Anzahl der Internetnutzenden, müsste die Schweiz weiter vorne rangieren.

Es braucht:

- **Stärkung der rechtlichen Grundlagen für die digitale Verwaltung:** In der Schweiz sind die Kantone im Hinblick auf die Digitalisierungsstrategien fortgeschritten. **Es fehlt aber an schweizweit geltenden Gesetzen.** Bspw. soll das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG), das aktuell im Parlament beraten wird, die Rechtsgrundlagen für einen wirkungsvollen Einsatz elektronischer Mittel der Bundesverwaltung im Zusammenhang mit dem Angebot digitalisierter Behördenleistungen schaffen. Weiter ist das E-ID-Gesetz (BGEID) ein wichtiger Baustein für mehr Souveränität im digitalen Raum und muss forciert werden. Die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelungen zeigten insbesondere die Schwierigkeiten bei der Einführung einer E-ID und des elektronischen Patientendossiers sowie beim Umgang mit künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Die Themen sind politisch angekommen und werden im nationalen und kantonalen Parlament diskutiert.
- **User-Centered-Service Design:** Bei der Bereitstellung von E-Services sollen alle berücksichtigt werden, einschliesslich Personen mit bestimmten Beeinträchtigungen¹⁰ oder geringen digitalen Kenntnissen, In- und Ausländer sowie auch User mit unterschiedlichen Geräten (Desktop-Computer, Smartphones und Tablets).
- **Single Point of Contact:** Digitale Behördendienste sollen einfach zugänglich sein.
- **In der politischen Projektlandschaft fehlen sichtbare Leuchtturmprojekte:** Auf Verwaltungsebene wurde ein Handlungsbedarf zwar erkannt, doch der tatsächliche Fortschritt bleibt überschaubar (s. auch Nationale E-Government-Studie 2022 und Zwischenbericht Monitoring 2022).

⁹ Barrierefreie digitale Kommunikation, EDI 2022; Switzerland's Digital DANN, Oliver Wyman 2022; DigitalBarometer 2022

¹⁰ Die GSt DVS beteiligt sich an der Findungs- und Aufbauphase zur Bildung einer Allianz Digitale Inklusion Schweiz. Das Vorhaben wird vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule geleitet. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) prüft aktuell ebenfalls eine Beteiligung an der Findungs- und Aufbauphase der Allianz.



Die Ergebnisse aus dem Monitoring zum Stand der digitalen Verwaltung in der Schweiz und der Vergleich mit dem Ausland werden als Auftrag verstanden, weiterhin intensiv am Onlineangebot auf allen föderalen Ebenen zu arbeiten.